

## Mit Kanonen auf Piraten schießen

von Niels Annen ■ ■

» Noch vor Weihnachten soll sich der Deutsche Bundestag mit der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias befassen. Vor dem Hintergrund immer spektakulärerer Überfälle auf Frachtschiffe sollte der Antrag der Bundesregierung jedoch nicht als Abschluss einer Debatte mit außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Reichweite betrachtet werden. Vielmehr sollte der Einsatz von See- und Seeluftstreitkräften als Anlass genommen werden, um die Ursachen dieses wachsenden Phänomens anzugehen.

Piraterie ist Massenkriminalität. Sie taucht vor allem in solchen Gegenden auf, in denen wie in Südasien, vor der Küste Bangladeschs, aber auch vor der afrikanischen Ost- und Westküste große Armut herrscht. Besonders dort, wo sich Schifffahrtsrouten zu schmalen Passagen verengen, in denen Tanker und Container-Frachter ihre Geschwindigkeit drosseln müssen, finden Fischer, deren Fanggebiete von Überfischung geplagt sind, und einfache Kriminelle durch Piraterie ein neues, lohnenderes Auskommen. Doch sollte die Herausforderung einer militärischen Absicherung nicht unterschätzt werden, denn längst hat sich durch die Erlöse früherer Beutezüge eine Entführungsindustrie mit modernen Waffensystemen, schnellen Booten und Navigationssystemen herausgebildet.

» Aufgabe der Operation ATALANTA soll es nun sein, die vor der Küste von Somalia agierenden Piraten abzuschrecken und zu bekämpfen. Dabei soll zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sichergestellt werden, zum anderen soll die Operation den zivi-

len Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen sichern, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbinden und das Völkerrecht durchsetzen.

» Diverse Folgeprobleme sind jedoch noch ungelöst. Insbesondere die offene Frage der zuständigen Gerichtsbarkeit zeigt, dass die Lösung der Piraterie nicht auf See, sondern an Land zu suchen ist. Nur dort, wo lokale Behörden durch Korruption geschwächt sind und staatliche Strukturen versagen oder wie im Fall von Somalia seit über 15 Jahren so gut wie inexistent sind, finden kriminelle Banden und Piraten den nötigen Rückzugsraum. Auf die Justiz solcher Staaten kann daher kurzfristig nicht zurückgegriffen werden, die Zusammenarbeit mit kooperativen Staaten in der Region scheint zielführender.

Langfristig kann das Problem der Piraterie nur mit Hilfe einer konzertierten Aktion zur Stärkung von Staatlichkeit und Bekämpfung von Armut in betroffenen Staaten Afrikas und in ähnlich unterprivilegierten Regionen gelöst werden. Die in den Reihen einiger Parteien – auch beim derzeitigen Koalitionspartner – geforderte Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundesmarine ist daher nicht nur überdimensioniert, sondern geht am Kern des Problems vorbei.

Gefordert sind auch die internationalen Reeder, die aufgrund des Preisdrucks nicht nur stetig ihre Besatzungen reduziert haben und auf andere mögliche Schutzmaßnahmen verzichten. Auch hier zeigt sich wieder: Das Problem liegt an Land und nicht auf der See. ■



☞ Niels Annen (35), MdB und Herausgeber der spw, lebt in Hamburg.

Foto: privat